

Quo vadis Philippinen?

Aktionsbündnis präsentiert Bericht über Menschenrechtslage in den Philippinen

(Wuppertal, 27.01.2017) Das „Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen“ (AMP) hat am 27. Januar seinen neuen Bericht über die Menschenrechtslage in den Philippinen präsentiert. Darin kommt das Bündnis zu dem Ergebnis, dass Tausende Tote im blutigen Krieg gegen Drogen, eine durch Morde und Kriminalisierung bedrohte Zivilgesellschaft und ein Klima fast absoluter Straffreiheit die gegenwärtige Menschenrechtslage in den Philippinen auszeichnen. Anlässlich des bevorstehenden dritten Universellen Periodischen Überprüfungsverfahrens der Philippinen durch den UN-Menschenrechtsrat stellt der AMP-Bericht außerdem fest, dass wichtige Empfehlungen, die während der letzten Überprüfung in 2012 an das Land gerichtet wurden, nur mangelhaft oder gar nicht umgesetzt wurden.

Mit der Wahl von Rodrigo Duterte zum Präsidenten der Philippinen im Mai 2016 nahm die Zahl der Tötungen mutmaßlicher Drogendealer und –abhängiger schlagartig massiv zu. Allein für die ersten sechs Monate seiner Amtszeit sind 5.800 Tote im Krieg gegen Drogen dokumentiert. Duterte forderte die Polizei immer wieder öffentlich auf, tödliche Waffengewalt gegen mutmaßliche Drogenhändler anzuwenden und stellte dafür volle Immunität in Aussicht. Schwere Menschenrechtsverletzungen wie extralegale Hinrichtungen, Entführungen und Folter bleiben in den Philippinen fast immer unbestraft. Für Menschenrechtsverteidiger und Journalisten sind die Philippinen zu einem der gefährlichsten Länder der Welt geworden. Mindestens 170 von ihnen wurden in den letzten vier Jahren ermordet. Andere Menschenrechtsengagierte werden systematisch mit Verleumdungsklagen überzogen und mittels gefälschter Beweise Verbrechen bezichtigt, die sie nicht begangen haben.

„Diese besorgniserregende Situation verdeutlicht, wie schwierig und wichtig die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und der Dialog über Maßnahmen zum Schutz der bürgerlich-politischen wie auch wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen in den Philippinen sind,“ so Jochen Motte, Leiter der Abteilung für Menschenrechte der Vereinten Evangelischen Mission (VEM), die zum AMP-Trägerkreis gehört.

Ziel des Aktionsbündnisses ist es, schwere Menschenrechtsverletzungen an Mitgliedern von Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen international bekannt zu machen und dadurch mit dazu beizutragen, dass die philippinische Regierung wirkungsvolle Maßnahmen ergreift, um politische Morde und

andere Formen von Menschenrechtsverletzungen sowie Straflosigkeit zu beenden.